



iran-report

Nr. 02/2011

ایران رپورت

Innenpolitik

Mussavi hofft auf politische Veränderungen nach Protesten in Ägypten / Karrubi würde ein Gerichtsverfahren über die Unruhen im Sommer 2009 begrüßen / Salehi als Außenminister vom Parlament bestätigt / Internetpolizei soll Dissidenten im Netz überwachen / Zwei Oppositionelle hingerichtet / Rapider Anstieg von Hinrichtungen / Mögliche Differenzen zwischen Regierung und Justiz im Falle Panahi / Geheimdienstminister: Zehn Agenten Israels festgenommen / Zwei Menschenrechtlerinnen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt / Neuer Versuch zur Freilassung von deutschen Reportern / Verwirrung um Aussetzung der Hinrichtung von Aschtiani / Repressionen gegen Bahai / Berichte über Festnahme von US-Bürgerin dementiert / Atomexperte soll als Verräter in Haft sein / Botschaft: Kein Verbot von Coelho-Büchern / Jüngster Schah-Sohn tot / Wikileaks: Ahmadinedschad bei Sitzung gehohlet

Wirtschaft

Wikileaks: Hardliner hinderten Ahmadinedschad an Kompromiss / Iran, die Brennstäbe und die Atombombe / Waffentest vor neuen Atomgesprächen / Russland verlangt Debatte über Aufhebung von Sanktionen / Atomgespräch in Istanbul gescheitert / China verlängert Öllieferverträge mit Iran / Zeitung: Iran umgeht mit Chinas Hilfe systematisch Sanktionen / Schweiz verschärft Sanktionen gegen Iran / Britisches Konto von iranischem Fernsehsender eingefroren / Deutscher Außenhandel wächst / Iran hält an massivem Ausbau seiner Erdgasförderung fest

Außenpolitik

Bericht: Israel und USA entwickelten Computerwurm Stuxnet / Scheidender Mossad-Chef: Iran schafft keine Atombombe vor 2015 / Clinton drängt Golfstaaten zur Umsetzung von Sanktionen gegen Iran / Parlament will Beziehungen zu Großbritannien kappen / Irakischer Prediger Sadr kehrte nach Iran zurück / Treffen zum Jahrestag der Geiselnahme / Kanada zeigt umstrittenen Iran-Film / Israelisches Holocaust-Museum startet Webseite für Iraner / Teilnahme Irans an Münchner Sicherheitskonferenz ungewiss

Der von der Heinrich-Böll-Stiftung seit 2002 publizierte, monatlich erscheinende Iran-Report bietet einen Überblick über die innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Iran und die iranische Außenpolitik.

Autor ist Bahman Nirumand.

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm, die Wahlfälschung vom Juni 2009, die Verfolgung der Opposition und die Verletzung der Menschenrechte sind einige der wiederkehrenden Themen des Iran-Reports. Er wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus, auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Der Iran-Report wird einem breiten Interessentenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Februar 2011

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren oder ihn abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

Email lorenz@boell.de

Fax 030-285 34 - 494

Tel 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

10. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8

10117 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

Innenpolitik

Mussavi hofft auf politische Veränderungen nach Protesten in Ägypten

Einer der führenden Oppositionspolitiker, Mir Hossein Mussavi, hofft angesichts der anhaltenden Proteste gegen die ägyptische Regierung auf politische Veränderungen auch in Iran. Die Ereignisse in Tunesien, Ägypten und Jemen könnten für das Schicksal der gesamten Region entscheidend sein, schrieb Mussavi am 30. Januar auf seiner Website kalame.com.

Die Proteste von 2009 in Iran seien der Auftakt dieser Bewegung, die sich gegen das in all diesen Staaten herrschende Unrecht und die Unterdrückung richte, gewesen. Damals seien Millionen mit der Parole „Wo ist meine Stimme“ auf die Straße gegangen.

Es sei nicht schwer zwischen den Ereignissen von damals und heute Parallelen zu ziehen und ähnliche Ursachen festzustellen. Die Manipulationen der Wahlen in Ägypten seien dem Wahlbetrug in Iran ähnlich gewesen. Und wie damals in Iran, versuche man heute die Proteste der regierungsunabhängigen Organisationen, der einfachen Bürger und der unabhängigen Presse gewaltsam zu unterdrücken und die Kommunikation durch Sperrung der Internet-, SMS- und Telefonverbindungen zu unterbinden.

Die hinter der Staatsideologie versteckten Interessen versuchten zu verhindern, dass die im Land herrschenden Realitäten ans Tageslicht kommen. Unter dem Befehl des „ägyptischen Pharaos“ seien die Agitatoren des Regimes bemüht, die explosive Lage zu ignorieren und Raub und Ausbeutung fortzusetzen, erklärte Mussavi.

„Sie sprechen vom ‚Volkszorn‘, verschweigen jedoch, dass die Ursache dieses Zorns in der massiven Korruption und dem Raub des Volkseigentums liegt und darin, dass man die Stimmen der Menschen erstickt, die Federn gebrochen und durch Hinrichtungen Angst verbreitet hat. Hätte die Regierung in Ägypten auf das Bestreben des Volkes nach Selbstbestimmung Rücksicht genommen und vor einigen Monaten die Wahlen nicht manipuliert und die Stimmen nicht geraubt, wäre es im Volk nie zum Ruf nach dem Sturz des Regimes gekommen.“

Offenbar wollen die Verantwortlichen immer noch nicht wahrnehmen, dass die

Fortsetzung der bisherigen Politik und die Verbreitung von Angst durch den Einsatz massiver Gewalt letztendlich ins Gegenteil umschlagen und die allgemeine Rebellion unvermeidlich machen. Die Pharaonen vernehmen gewöhnlich viel zu spät die Stimme des Volkes“, schrieb Mussavi.

Karrubi würde Gerichtsverfahren über die Unruhen im Sommer 2009 begrüßen

Der führende Oppositionelle Mehdi Karrubi erklärte, er würde ein Gerichtsverfahren über die Unruhen nach der umstrittenen Präsidentenwahl 2009 begrüßen. Voraussetzung sei jedoch, dass der Prozess öffentlich geführt werde, sagte der Politiker.

„Ich begrüße ein Verfahren voll und ganz und werde Beweise vorlegen, die meine Position begründen“, erklärte Karrubi am 3. Januar auf einer der Reformbewegung nahestehenden Website. Obwohl nach den Unruhen über tausend Personen festgenommen und durch Folter zu Geständnissen gezwungen wurden, sind die beiden führenden Politiker Karrubi und Mir Hossein Mussavi von Zugriffen der Justiz bislang verschont geblieben.

Selbst mehrmalige Aufforderungen durch Parlamentsabgeordnete und ultrarechte Zeitungen haben die Staatsanwaltschaft nicht dazu bringen können, die beiden Politiker zur Vernehmung zu laden oder gar Haftbefehl gegen sie zu erlassen. Justizchef Sadegh Laridschani erklärte, er lasse sich durch solche Aufforderungen nicht einschüchtern. Er gehorche einzig und allein dem Befehl des Revolutionsführers Ali Chamenei und werde erst dann juristische Schritte gegen „die Drahtzieher der Verschwörung“ einleiten, wenn der „Führer“ es für opportun halte.

Offenbar fürchtet die Staatsführung, dass solche Schritte Anlass zu neuen Unruhen liefern würden.

Salehi als Außenminister vom Parlament bestätigt

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad hatte das Parlament gebeten, die Ernennung von Ali Akbar Salehi zum Außenminister offiziell zu bestätigen. Wie das Staatsfernsehen am 23. Januar berichtete, gab der Präsident in einem Brief an die Abgeordneten bekannt, dass der Chef des Atomprogramms sein

Kandidat für das Amt des Außenministers sei. Nach der fristlosen Entlassung des früheren Außenministers Manuchehr Mottaki am 13. Dezember, hatte Ahmadinedschad Salehi vorübergehend zum Chefdiplomaten gemacht.

Die Entlassung Mottakis, der Laridschani, dem Rivalen des Präsidenten innerhalb des konservativen Lagers, nahe steht, bedeutete den Schlusspunkt eines langjährigen Konflikts mit Ahmadinedschad. Sein Nachfolger Salehi leitet seit 2009 das umstrittene iranische Atomprogramm. Der 61-jährige Atomphysiker ist einer der wenigen Regierungsbeamten, die sowohl unter dem reformorientierten Präsidenten Mohammad Chatami als auch unter seinem ultrakonservativen Nachfolger Ahmadinedschad gedient haben. Er stammt aus dem irakischen Kerbela, einer der für Schiiten wichtigsten Wallfahrtsstätte. Der Nuklearexperte studierte unter anderem in den USA, er spricht perfekt Arabisch und Englisch. Von 1997 bis 2005 war er der Vertreter Teherans bei der Internationalen Atombehörde in Wien, ehe er 2008 von Ahmadinedschad zum Leiter der iranischen Atombehörde ernannt wurde.

Das Parlament hat am 30. Januar Salehi als neuen Außenminister bestätigt. Knapp 60 Prozent der Abgeordneten erteilten dem Vorschlag des Präsidenten ihre Zustimmung. Salehi behält weiterhin seinen Posten als Vizepräsident und als Leiter der iranischen Atombehörde. In dieser Position wird er auch die Verhandlungen mit der Staatengemeinschaft führen.

Internetpolizei soll Dissidenten im Netz überwachen

In Iran hat eine neue Internetpolizei, die auch politische Dissidenten überwachen soll, offiziell ihre Arbeit aufgenommen. Wie der iranische Polizeichef Esmail Ahmadi Moghaddam am 23. Januar mitteilte, ist in der Hauptstadt Teheran die erste Sondereinheit der Polizei zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität einsatzbereit. Ihre Aufgabe ist es demnach, die Kontrolle sozialer Netze wie Facebook oder Twitter sicherzustellen, über die „Unruhen und Spionage“ gefördert würden. Die anderen Einheiten sollen bis zum Ende des iranischen Kalenderjahres am 21. März ebenfalls ihre Arbeit aufnehmen.

Mit Blick auf die Proteste nach der umstrittenen Wiederwahl von Präsident

Ahmadinedschad im Juni 2009 sagte Moghaddam, über die sozialen Netzwerke hätten sich „antirevolutionäre Gruppen und Dissidenten gefunden, Kontakt mit ausländischen Staaten aufgebaut und Unruhen ausgelöst“. Insbesondere Facebook und Twitter waren von den Demonstranten benutzt worden, um ihre Aktivitäten zu koordinieren. Auch schon vor der Einrichtung der neuen Polizeieinheit wurde das Internet in Iran streng kontrolliert, viele Seiten wurden blockiert, private E. Mails mitgelesen oder der Zugang zum Internet ganz unterbrochen.

Zwei Oppositionelle hingerichtet

Am 24. Januar wurden zwei Oppositionelle hingerichtet. Die Männer waren bei den Unruhen nach der umstrittenen Präsidentenwahl 2009 festgenommen worden. Sie sollen angeblich mit der aus dem Ausland operierenden Gruppe der Volksmodschahedin in Verbindung gestanden und „einem von Großbritannien gelenkten Netzwerk“ angehört haben. Ferner warf ihnen die Staatsanwaltschaft vor, während der Proteste von 2009 Flugblätter verteilt sowie Foto- und Filmaufnahmen gemacht zu haben.

In der Erklärung der Staatsanwaltschaft heißt es, Dschafar Kazemi und Mohammad Ali Hadjaghaj seien aktive Mitglieder der Volksmodschahedin gewesen, die „an den Unruhen beteiligt waren und mit einem britischen Netzwerk Verbindung hatten“. Aus der Erklärung wird nicht klar, ob bei den hier erwähnten Unruhen tatsächlich die von 2009 gemeint sind. Hadjaghaj soll gestanden haben, zu dem Camp der Volksmodschahedin im Irak gereist zu sein und sich dort einige Monate lang aufgehalten zu haben. Er habe dort eine Ausbildung und 3000 Dollar bekommen. Er sei danach mehrmals in den Irak gereist, habe den Wunsch gehabt, auf Dauer im Camp zu bleiben, aber dies sei aufgrund seines Alters abgelehnt worden. Er sei vor Jahren schon einmal in Haft genommen worden, weil er die Zeitung der Volksmodschahedin verteilt habe.

Über Kazemi heißt es in der Erklärung der Staatsanwaltschaft, er habe mit den Volksmodschahedin in Verbindung gestanden, habe des Öfteren für die Gruppe Geld gesammelt und sogar seinen Sohn zu dem Camp der Volksmodschahedin in den Irak geschickt. Er habe gestanden, gemeinsam mit einem Komplizen bei den Unruhen Aufnahmen gemacht und mit

den Protestteilnehmern Interviews geführt zu haben.

Gleichzeitig mit den beiden Oppositionellen wurden vier weitere Menschen wegen Sittenwidrigkeiten und Drogenhandels hingerichtet.

Neuer Rekord der Hinrichtungen

Im Monat Januar hat die Zahl der Hinrichtungen in Iran einen neuen Rekord erreicht. Allein in den ersten drei Wochen des Monats wurden mehr als fünfzig Todesurteile vollstreckt, die meisten angeblich wegen sexuellen Vergehens oder Drogenhandels. Über die Gründe, die zu diesem rapiden Anstieg geführt haben, kann nur spekuliert werden. Im Bezug auf Todesstrafen steht Iran nach China weltweit an zweiter Stelle. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung jedoch, die in Iran 74 Millionen beträgt und in China 1,3 Milliarden, gebührt Iran der erste Rang.

In der Islamischen Republik werden Sexualverbrechen, Ehebruch, Drogenhandel und ähnliche Delikte mit dem Tode bestraft. Politische Aktivisten erhalten die Todesstrafe, wenn sie beschuldigt werden, die nationale Sicherheit gefährdet oder den Sturz des Gottesstaates geplant zu haben. Im offiziellen Jargon heißt es dann „Verbreitung von Verderben auf Erden“ oder „Kampf gegen Gott“. Ehebruch wurde in den vergangenen Jahren oft mit Steinigung bestraft. Inzwischen wird diese Art von Strafe seltener angewandt. Auch die Hinrichtung von Jugendlichen gehörte zur Praxis der iranischen Justiz.

Die „Internationale Kampagne zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran“ forderte das iranische Parlament und die Justiz auf, unverzüglich die Hinrichtungen einzustellen. Innerhalb der ersten fünfzehn Januartage seien 47 Menschen hingerichtet worden, das heißt im Durchschnitt alle acht Stunden eine Hinrichtung. Der Sprecher der Kampagne, Aron Rods, sagte, die Hinrichtungen würden in enger Zusammenarbeit zwischen der Justiz und Sicherheitsdiensten übereilt vollzogen. Insbesondere kurdische Angeklagte seien ohne ordentliche Gerichtsverfahren und nach brutalen Folterungen zum Tode verurteilt worden. Die politisch motivierten Hinrichtungen hätten in letzter Zeit rapide zugenommen.

Iranisch-niederländische Frau hingerichtet

In Iran ist eine wegen Drogenhandels verurteilte iranisch-niederländische Frau hingerichtet worden. Die 46-jährige Sahra Bahrami sei am Morgen des 29. Januar gehängt worden, berichtete die Website des Staatsfernsehens unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft von Teheran. Bahrami war laut niederländischen Medienberichten im Dezember 2009 in Teheran festgenommen worden, als sie in der iranischen Hauptstadt an einer Demonstration gegen die Regierung teilgenommen hatte. Anschließend wurde ihr Drogenhandel vorgeworfen.

Die Teheraner Staatsanwaltschaft erklärte dem Bericht des Staatsfernsehens zufolge, Bahrami sei wegen „Verbrechen im Zusammenhang mit der Gefährdung der nationalen Sicherheit“ festgenommen worden. Sie sei „Mitglied eines internationalen Drogenrings“ und nutze ihre Beziehungen zu den Niederlanden für den Schmuggel von Drogen nach Iran. Beamte hätten bei der Durchsuchung ihrer Wohnung 450 Gramm Kokain und 420 Gramm Opium gefunden. Ermittlungen hätten zudem ergeben, dass Bahrami 150 Gramm Kokain verkauft habe.

Bahrami wurde am 2. Januar zum Tode verurteilt, wie das niederländische Radio unter Berufung auf die Tochter Bahramis, die in den Niederlanden lebt, berichtete. Demnach hatte die iranische Justiz parallel zu dem Prozess wegen Drogenhandels einen Prozess wegen der angeblichen Mitgliedschaft in einer bewaffneten Oppositionsgruppe gegen sie geführt, in dem ihr ebenfalls die Höchststrafe drohte.

Die niederländische Regierung hatte am 5. Januar ihre „Besorgnis“ ausgedrückt und Teheran zur Aufklärung des Falls aufgefordert. Die Regierung in Den Haag kritisierte, dass ihre Botschaftsvertreter in Teheran keinen Zugang zu der Inhaftierten erhielten. Iran erkennt jedoch die doppelte Staatsbürgerschaften nicht an und sieht die in Iran geborene Bahrami ausschließlich als Iranerin an. Das iranische Außenministerium wies die Reaktion der Niederlande als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurück.

Aus Protest gegen die Hinrichtung hat Den Haag die diplomatischen Beziehungen zur Teheraner Regierung auf Eis

gelegt. Außenminister Uri Rosenthal nannte die Vollstreckung des Todesurteils eine „Schandtat durch ein barbarisches Regime“. Teherans Botschafter in den Niederlanden erklärte hingegen, Sahra Bahrami sei iranische Bürgerin gewesen und nach dem Verfahren gemäß iranischem Recht wegen Drogenhandels gehängt worden.

In den Niederlanden sowie international löste die Hinrichtung Empörung aus. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International äußerte sich „zutiefst geschockt“. Politiker in Den Haag forderten die EU auf, mit verschärften Sanktionen gegen Iran vorzugehen. Außenminister Rosenthal beklagte, er sei von Iran hintergangen worden. Dessen Botschafter, Gharib Abadi, habe ihm noch am Freitag versichert, es seien noch Rechtsmittel gegen das Urteil möglich.

Das Einfrieren der diplomatischen Beziehungen hat unter anderem zur Folge, dass die Bewegungsfreiheit des Botschafters und der anderen Diplomaten Irans in Holland eingeschränkt wird. Sie dürfen außerdem nicht ohne vorherige schriftliche Erlaubnis niederländische Beamte treffen oder zu ihnen Kontakt aufnehmen. Der Islamkritiker und Chef der Partei für die Freiheit (PVV), Geert Wilders, verlangte die sofortige Ausweisung des Botschafters. Das Außenministerium riet Iranern mit niederländischem Pass dringend von einer Reise in ihr Heimatland ab. Rosenthal wolle die Angelegenheit in der ersten Februarwoche bei einem Treffen der europäischen Außenminister in Brüssel thematisieren, sagte der Sprecher des Außenministeriums Bengt van Loosdrecht. Die Niederlande würden sich um „kollektive Maßnahmen“ gegen Iran bemühen.

Mögliche Differenzen zwischen Regierung und Justiz im Falle Panahi

Der Kanzleichef von Präsident Ahmadinedschad, Rahim Moschai, erklärte bei einer internationalen Tagung der Experten der persischen Sprache und Literatur auf die Frage der Agentur IRNA nach der Situation des Filmemachers Djafar Panahi: „Ich habe bereits früher gesagt, dass das Urteil gegen Panahi von der Justiz ausgesprochen wurde und die Regierung die Meinung der Justiz nicht teilt.“

Der mit internationalen Preisen ausgezeichnete Filmemacher Panahi wurde im

vergangenen Monat zu sechs Jahren Haft und zwanzig Jahren Berufsverbot verurteilt, weil er einen Film über die Ereignisse nach der Präsidentenwahl im Juni 2009 drehen wollte.

„Uns gefällt es gar nicht, wenn Panahi aufgrund dieses Urteils über lange Jahre von seiner Arbeit abgehalten werden soll. Wir sollten diese Bereiche nicht betreten“, sagt Moschai.

Zuvor hatte bereits Kultusminister Mohammad Hosseini im Zusammenhang mit Panahi erklärt: „Unser Blick ist schützend und wir haben die Pflicht, die Gemeinschaft der Kunst und der Presse zu unterstützen. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir auch für die, die schuldig sind, ohne weiteres etwas tun sollten.“

Geheimdienstminister: Zehn Agenten Israels festgenommen

Der iranische Geheimdienstminister hat am 11. Januar Einzelheiten zu der am Vortag bekannt gegebenen Zerschlagung eines israelischen Spionagerings mitgeteilt. Bei einer vom staatlichen Fernsehen übertragenen Pressekonferenz sagte Minister Heydar Moslehi, mehr als „zehn Spione“ in Diensten Israels seien festgenommen worden. Die iranische Seite habe das System des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad in Iran infiltriert, dessen Arbeitsweise überwacht und ihm nun einen „schweren Schlag“ versetzt.

Die israelischen Agenten hätten es nicht nur auf iranische Atomanlagen abgesehen, sondern auch auf alle wissenschaftlichen Entwicklungen, sagte der Minister. Im Verlauf der Pressekonferenz wurden Waffen und Computer gezeigt, die vom iranischen Geheimdienst beschlagnahmt worden seien sollen.

Das Geheimdienstministerium hatte zuvor die Zerschlagung eines israelischen Spionagerings bekannt gegeben. Unter den festgenommenen „Spionen und Touristen“ befinde sich einer, der für das tödliche Attentat auf den Atomphysiker Masua Ali Mohammadi im Januar 2010 in Teheran verantwortlich gewesen sei, hieß es.

Zwei Menschenrechtlerinnen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt

Die Menschenrechtlerin und Anwältin Nasrin Sotoudeh wurde am 10. Januar wegen Verletzung der nationalen Sicherheit zu elf Jahren Haft verurteilt. Ihr Anwalt sagte, sie habe zusätzlich 20 Jahre Berufsverbot erhalten und dürfe Iran solange nicht verlassen. Sotoudeh war im September verhaftet worden und kurz danach in einen Hungerstreik getreten, den sie erst im November beendete. Sie ist Mutter zweier Kinder. Die 45-jährige vertrat minderjährige Straftäter in Todeszellen und Oppositionelle, die im Zusammenhang mit den Protesten von 2009 festgenommen worden waren. Außerdem vertrat sie die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi und ihre Familie, den Journalisten Isaa Saharkhis, den Oppositionsführer Mehdi Karrubi und den säkularen Aktivisten Heschat Tabarsadi.

Die USA haben das Urteil scharf kritisiert. Das Urteil sei Teil eines „systematischen Versuchs“ der iranischen Behörden, die „Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte in Iran“ zum Schweigen zu bringen, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums Philip Crowley am 10. Januar. Er nannte Sotoudeh „eine starke Stimme für die Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit in Iran“. Ihre Verurteilung sei Teil einer „Serie harscher Urteile gegen Irans Menschenrechtsgemeinde, die trotz Drohungen, Folter und Inhaftierung ausharrt“, erklärte Crowley.

Auch die Menschenrechtlerin und Journalistin Schiwa Nasar Ahari erhielt eine hohe Strafe. Sie wurde am 9. Januar von einem Berufungsgericht wegen staatsfeindlicher Aktivitäten zu vier Jahren Haft und 74 Peitschenhieben verurteilt. Das berichteten Oppositionsgruppen im Internet. Im September hatte die Aktivistin zunächst eine Haftstrafe von sechs Jahren erhalten. Davon wurden nun zwei Jahre gestrichen.

Die 26-jährige ist zurzeit gegen eine hohe Kaution auf freiem Fuß. Ihr werden Verschwörung und Propaganda gegen das Regime angelastet. Zudem wirft ihr die Justiz Verbindungen zu den oppositionellen Volksmodschahedin vor. Nasar Ahari bestreitet alle Vorwürfe.

Die Journalistin und Bloggerin hatte sich besonders für Frauenrechte, Pressefreiheit und die Freilassung politi-

scher Gefangener eingesetzt. Nach der von Wahlvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl 2009 und den darauf folgenden Demonstrationen wurde sie wegen aktiver Beteiligung an den Straßenprotesten verhaftet.

Nasar Ahari kam nach drei Monaten gegen Kaution frei, nahm aber nicht nur erneut an den Protesten teil, sondern schrieb auch einen Artikel über politische Gefangene, die angeblich in Gefängnis vergewaltigt worden waren. Sie wurde im Dezember 2009 erneut verhaftet. Dieses Mal wurde ihr nicht nur Propaganda gegen das Regime vorgeworfen, sondern auch Verbindung zu den oppositionellen Volksmodschahedin, die von Iran sowie von den USA als Terrorgruppe eingestuft werden und aus dem Ausland gegen das Regime in Teheran operieren.

Das Berufungsgericht hat jetzt einige der Anklagepunkte zurückgezogen und dementsprechend zwei der sechs Jahre Gefängnisstrafe gestrichen. Nasar Ahari erhielt jedoch, laut ihrem Anwalt, „Exilhaft“ und muss die Haftstrafe in der Stadt Karadsch, westlich der Hauptstadt Teheran, absitzen. Im ersten Richterspruch sollte sie sogar mehr als die Hälfte der Haftstrafe in der südlichen Stadt Iseh absitzen. Nasar Ahari sollte im April dieses Jahres wegen ihres Engagements für Menschenrechte mit dem Theodor-Haecker-Preis der Stadt Esslingen ausgezeichnet werden.

Neuer Versuch zur Freilassung von deutschen Reportern

Die Bundesregierung hat einen neuen Versuch zur Freilassung der beiden in Iran inhaftierten deutschen Reporter unternommen. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) bestätigte am 26. Januar in Berlin, dass sich sein Staatssekretär Wolf-Ruthart Born in Teheran um die Rückkehr der zwei „Bild am Sonntag“-Reporter bemüht. Die beiden Männer sitzen bereits seit mehr als drei Monaten im Gefängnis.

„Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass unsere beiden deutschen Landsleute unversehrt nach Deutschland zurückkehren können“, sagte Westerwelle. Zu Einzelheiten wollte er sich nicht äußern. Nach dem Bericht der iranischen Nachrichtenagentur ISNA kam Staatssekretär Born in Teheran auch mit dem iranischen Außenminister Ali Akbar Salehi zusammen.

Salehi hatte am 9. Januar Westerwelle nach Teheran eingeladen. In einem Spiegel-Interview erklärte er sich dazu bereit, über alles zu sprechen, „auch über diesen Fall“. Er kündigte an, die beiden inhaftierten Deutschen „im Einklang mit unserer Gesetzgebung und der im Islam verwurzelten Güte zu behandeln.“ Sein Ministerium versuche in dem Fall „Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die zu Verzögerung und Schwierigkeiten führen könnten“. Wenn es nach ihm ginge, könnte die Angelegenheit „in Sekunden“ bereinigt werden. Seiner Ansicht nach, sagte Salehi, könne es hilfreich sein, wenn die Chefredaktion der Bild am Sonntag und der Axel-Springer-Verlag „einräumen würden, einen Fehler gemacht zu haben“. Auch eine Entschuldigung sei angebracht.

Westerwelle begrüßte die Bereitschaft Irans zu einer schnellen Lösung. Auf Salehis Einladung zu Gesprächen nach Teheran reagierte er laut „BamS“ allerdings zurückhaltend: „Ich werde nicht in meinem Engagement nachlassen, damit unsere beiden Landsleute heimkehren können.“ Die Bundesregierung werde „alle sinnvollen und angemessenen Maßnahmen ergreifen, um ihre Rückkehr so schnell wie möglich zu erreichen“. In einer ersten Auswertung wurden die Aussagen Salehis im Auswärtigen Amt als „sehr vage“ eingestuft.

Die zwei Reporter waren am 10. Oktober 2010 in der Provinzhauptstadt Tabris beim Versuch verhaftet worden, den Sohn und den Anwalt von Sakineh Mohammadi Aschtiani zu interviewen, die wegen Ehebruchs zum Tode verurteilt worden war. Den Deutschen wird ein Verstoß gegen Visabestimmungen vorgeworfen. Ferner wurde der Verdacht auf Spionage-Tätigkeit sowie auf Verbindung zu Oppositionellen im Ausland geäußert. Die iranische Justiz hatte jüngst angekündigt, bald in dem Fall entscheiden zu wollen.

Am 16. Januar hatte sich bereits Bundespräsident Christian Wulff für die beiden Reporter der „Bild am Sonntag“ eingesetzt. Nach einem Bericht der Zeitung ließ Wulff den zwei Journalisten im Gefängnis von Tabris persönliche Schreiben durch Diplomaten überbringen.

Wulff sprach den Angaben der Zeitung zufolge den Journalisten Mut zu und versicherte sie des Mitgefühls und der Solidarität ihrer Landsleute. Zudem

nutzte der Bundespräsident im Einvernehmen mit dem Außenamt in Berlin seine Kontakte zu Nachbarstaaten Irans, um das Verfahren schnell abschließen zu können.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) forderte Iran auf, die beiden inhaftierten deutschen Journalisten nicht als politische Geiseln zu missbrauchen. Nach hundert Tagen Haft müsse endlich Klarheit in dem Fall geschaffen werden, forderte ROG in einer Pressemitteilung am 17. Januar. „Die iranische Regierung muss endlich transparent machen, auf welchem Stand die Ermittlungen sind und ob über Visa-Verstöße hinausgehende Anschuldigungen erhoben wurden“, erklärte ROG-Geschäftsführer Christian Rickerts.

ROG appellierte zugleich gemeinsam mit deutschen und internationalen Verlegerverbänden sowie Journalistenvereinigungen mit einer großen Anzeigenkampagne an die iranische Regierung, die beiden Reporter freizulassen.

Nach Angaben der Organisation befinden sich in der Islamischen Republik zurzeit 40 Journalisten und Blogger in Gefängnissen. In keinem anderen Land der Welt sei die Zahl der inhaftierten Reporter so hoch. Mehr als 30 der inhaftierten Medienschaffenden seien bereits zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Mehr als eineinhalb Jahre nach dem umstrittenen Wahlsieg von Präsident Ahmadinedschad bleibe das Ausmaß der Unterdrückung kritischer Stimmen und der Überwachung dramatisch, kritisierte ROG. Auch Anwälte von inhaftierten politischen Häftlingen seien mittlerweile systematischer Verfolgung ausgesetzt.

In der 2. Januarwoche hatten sich Journalisten- und Verlagsorganisationen in einer bundeweiten Anzeigenkampagne für die „Freiheit für die beiden in Iran inhaftierten deutschen Reporter“ eingesetzt. Darin hieß es: „Wir appellieren, auch im Namen der Familien und der Freunde der Reporter, an die Regierung des Iran, die beiden Journalisten sofort freizulassen. Wahrheitssuche ist kein Verbrechen. Journalistische Neugier ist die Grundlage der Pressefreiheit. Pressefreiheit ist der Gradmesser der Freiheit.“

Die Kampagne wurde vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und vom Verband Deutscher Zeitschriften-

verleger (VDZ) ins Leben gerufen und wurde unterstützt von Deutschen Journalisten-Verband (DJV), der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU/Verdi) sowie von Reporter ohne Grenzen. Zudem erklärten mehrere internationale Verlegerverbände ihre Solidarität.

Verwirrung um Aussetzung der Hinrichtung von Aschtiani

Um die Aussetzung einer Todesstrafe im international viel beachteten Ehebruch-Prozess gegen Sakineh Mohammadi Aschtiani in Iran gab es am 17. Januar Verwirrung. Der Angeklagten drohe nicht mehr der Tod durch Erhängen, schrieb die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im iranischen Parlament, Sohré Elahian, an die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff. Aufgrund eines Gnadengesuches ihrer Kinder sei die Strafe in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt worden, hieß es in dem von der Nachrichtenagentur ISNA veröffentlichten Brief weiter.

Das Schreiben der Abgeordneten war an Rousseff gerichtet, weil sich die brasilianische Präsidentin, wie auch ihr Vorgänger Inacio Lula, für die Frau eingesetzt hatten. Lula hatte Aschtiani sogar Asyl angeboten.

Kurz nach dem Schreiben Elahians folgte jedoch ein Dementi: In dem Verfahren gebe es keine neuen Entwicklungen, zitierte die amtliche Agentur IRNA Malek Adschar Scharifi, einen Justizbeamten aus der Provinz, in der Aschtianis Fall behandelt wird. Ihre Akte werde derzeit vom Obersten Gericht geprüft, ein abschließendes Urteil sei noch nicht gefällt worden.

Nach Protesten ausländischer Regierungen hatte Iran im vergangenen Jahr bereits ein Steinigungsurteil gegen Aschtiani ausgesetzt. Dabei war es um den Vorwurf des Ehebruchs gegangen. Allerdings war Aschtiani auch wegen Beihilfe zum Mord an ihrem Ehemann zum Tode durch Erhängen verurteilt worden.

Repressionen gegen Bahai

Laut Bahai-Gemeinde in Deutschland wurde in der Stadt Rafsanjan eine Serie von Brandanschlägen auf Geschäfte von Bahai verübt. Drohbriefe an die Angehörigen dieser religiösen Minderheit ließen darauf schließen, dass es sich

um eine neue Kampagne gegen die Bahai handelt, heißt es in einer Pressemitteilung vom 19. Januar.

Nach Angaben des Sprechers der Gemeinde, Professor Ingo Hoffmann, seien seit Oktober elf Geschäfte von Bahai zerstört worden. Zwanzig Haushalte hätten zudem schriftliche Drohungen erhalten. Der jüngste Anschlag auf eine Reparaturwerkstatt stamme vom 2. Januar. „In den Drohbriefen werden die Bahai aufgefordert, von Kontakten oder Freundschaften mit Muslimen Abstand zu nehmen sowie in ihren Geschäften keine muslimische Lehrlinge einzustellen“, sagte Hoffmann. Außerdem sei es den Bahai untersagt worden, ihren Glauben zu lehren, auch nicht im Internet. Sollten sie den Forderungen Folge leisten, so der Wortlaut des Briefes, „garantieren wir, keine Anschläge auf Ihr Leben und Eigentum zu verüben“.

„Hinweise auf die Urheber gibt ein Newsletter, der von einer muslimischen Kulturstiftung in Rafsanjan veröffentlicht wird“, heißt es in der Pressemitteilung. „Darin hieß es, die Angriffe seien erfolgt, weil die Bahai in der Stadt in einigen Gewerbebezügen ein Monopol innehätten. Doch auch eine Kaffeestube, die einem Muslim gehört, wurde in Brand gesetzt, nachdem es in dem Newsletter fälschlicherweise geheißen hatte, der Inhaber sei Bahai.“

Offensichtlich handele es sich hier um Anstiftung zum religiös motivierten Hass. „Da den Bahai Anstellungen und Geschäftslizenzen vorenthalten werden, ist der wirtschaftliche Druck ohnehin enorm“, sagte Ingo Hoffmann. „Mittlerweile ist aber nicht nur das Auskommen bedroht, sondern auch Leib und Leben sind in Gefahr. Polizei und lokale Behörden gehen hingegen diesen Ausbrüchen religiösen Hasses nicht nach.“

Berichte über Festnahme von US-Bürgerin dementiert

Das staatliche iranische Fernsehen hat Berichte über die Festnahme einer US-Bürgerin zurückgewiesen. Der arabischsprachige Sender al Alam zitierte am 6. Januar eine Gewährsperson mit den Worten, die Frau sei beim Versuch der Einreise aus dem Nachbarland Armenien an der Grenze abgewiesen worden, weil sie kein Visum besessen habe. Festgenommen worden sei sie nicht. Auch Außenamtssprecher Ramin Mehmanparast erklärte am 11. Januar: „Diese Amerikanerin war nicht in

Iran". Die Angelegenheit sei „auf der Ebene der Grenzschrützer geregelt“ und zu den Akten gelegt worden.

Andere örtliche Medien hatten zuvor berichtet, die 55-Jährige sei unter Spionageverdacht festgenommen worden. Sie habe ein Mikrofon in ihren Zähnen versteckt gehabt. Ein Außenamtssprecher sagte in Washington, die USA hätten die Berichte über eine Festnahme der Frau zunächst nicht verifizieren können.

Atomexperte soll als Verräter in Haft sein

Ein iranischer Atomwissenschaftler soll in einem Teheraner Gefängnis festgehalten und gefoltert werden. Schahram Amiri gelte als Überläufer und sei seit seiner Rückkehr aus den USA im vergangenen Juli nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden, hieß es in einem Bericht auf einer regierungskritischen Internetseite.

Amiri hatte behauptet, im Mai 2009 während einer Pilgerreise in Saudi-Arabien vom US-Geheimdienst CIA entführt worden zu sein. Er habe eine Zusammenarbeit mit der CIA abgelehnt und sei mit Informationen über verdeckte Operationen der USA gegen Teheran entkommen, hieß es in Berichten staatlicher Medien in Iran. Aus US-Geheimdienstkreisen verlautete jedoch, Amiri habe der CIA wichtige Details über das iranische Atomprogramm verraten und dafür fünf Millionen Dollar erhalten.

Der Bericht auf der Internetseite Iranbriefing.net konnte nicht überprüft werden. Iranische Behörden machen keine Angaben über den derzeitigen Aufenthaltsort Amiris und auch seine Familie äußert sich nicht über seinen Verbleib.

Botschaft: Kein Verbot für Coelho-Bücher

Für den brasilianischen Bestseller-Autor Paulo Coelho gibt es nach Angaben der iranischen Botschaft in Brasilien kein Veröffentlichungsverbot in Iran. „Die Informationen über ein Veto gegen die Bücher des Schriftstellers Paulo Coelho wurden vom Ministerium für Kultur und islamische Führung (in Teheran) dementiert“, hieß es am 13. Januar in einer Mail-Antwort der Botschaft auf die Anfrage der brasiliani-

schen Zeitung „Estado de Sao Paulo“. In Kürze werde dazu ein entsprechendes Schreiben veröffentlicht.

Auch die staatliche brasilianische Nachrichtenagentur Agencia Brasil berichtete über ein entsprechendes Dementi aus Teheran. Die Regierung von Präsident Mahmud Ahmadinedschad habe das Außenministerium in Brasilia darüber informiert, dass die Bücher Coelho freigegeben seien. Es gebe keinerlei Beschränkungen für die Werke des Autors. Außenminister Antonio Patriota hatte zuvor Teheran um Aufklärung gebeten.

Coelhos früherer Verleger in Iran, Arash Hejazi, hatte auf das Veröffentlichungsverbot aufmerksam gemacht und sich auf Quellen im iranischen Kulturministerium berufen. Das Schreiben Hejasis, der aus Sicherheitsgründen im Exil lebt, wurde von Coelho in seinen Internetblog eingestellt. Der 63-jährige Schriftsteller selbst hatte betont, seine Bücher würden seit 1998 in Iran in verschiedenen Verlagshäusern veröffentlicht. Deshalb könne eine „willkürliche Entscheidung“ nach zwölf Jahren Veröffentlichungen in dem Land nur ein Missverständnis sein.

Jüngster Sohn des Schahs gestorben

Der jüngste Sohn des letzten Schah von Iran wurde am 5. Januar tot in seiner Wohnung in Boston aufgefunden. Die Ermittler gehen davon aus, dass Aliresa Pahlawi Selbstmord beging. Er sei an einer Schussverletzung gestorben, die er sich vermutlich selbst zugefügt habe, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der älteste Sohn des 1979 entmachteten Schahs, Mohammad Resa Pahlawi, der den ersten Vornamen seines Vaters und den Vornamen seines Großvaters trägt, bestätigte den Tod seines Bruders auf seiner Internetseite.

„Wieder einmal teilen wir das Leid von Müttern, Vätern und Verwandten der vielen Opfer in diesen dunklen Zeiten für unser Land“, schrieb Resa Pahlawi. Vertraute des Verstorbenen sagten, Aliresa Pahlawi sei nach dem Tod seiner Schwester 2001 zunehmend in Depression verfallen, wozu auch das Exil beigetragen habe. Auch die Schwester war durch Selbstmord aus dem Leben geschieden.

Schah Mohammad Resa Pahlawi war 1979 im Zuge der islamischen Revolution in

Iran ins Exil gegangen. Ein Jahr später starb er an Krebs. Seine Familie lebt seitdem im Exil.

Wikileaks: Ahmadinedschad bei Sitzung geohrfeigt

Der iranische Präsident Ahmadinedschad soll nach US-Informationen bei einer erregten Debatte vom Kommandeur der Revolutionsgarde (Pasdaran) geohrfeigt worden sein. Das geht aus amerikanischen Botschaftsdepeschen hervor, die von der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlicht wurden. Wie die spanische Zeitung „El País“ am 30. Dezember berichtete, soll sich der Zwischenfalls Anfang 2010 bei einer Sitzung des Obersten Rats für Nationale Sicherheit in Teheran ereignet haben.

In Iran herrschten damals aufgrund der Proteste wegen des Wahlsiegs von Ahmadinedschad im Juni 2009 starke politische Spannungen. Bei der Ratssitzung habe der Staatschef die Teilnehmer mit dem Vorschlag überrascht, den Bürgern mehr Freiheiten zu gewähren, heißt es in einer Depesche, die die US-Botschaft in Aserbaidschan nach Washington schickte. Ahmadinedschad habe sich auch für eine größere Pressefreiheit ausgesprochen.

Der Kommandeur der Revolutionsgarde, Mohammad Ali Dschafari, sei darüber so in Wut geraten, dass er den Präsidenten angeschrien habe: „Du liegst falsch. Du hast uns die Sache eingebrockt, und jetzt verlangst du auch noch Pressefreiheit.“ Dann habe er dem Staatschef eine Ohrfeige versetzt. Dies habe einen solchen Tumult ausgelöst, dass die Sitzung abgebrochen worden sei. Der Bericht der US-Botschaft in Baku stützt sich nach Angaben der Zeitung auf einen Informanten, der als zuverlässig eingestuft wurde.

Nach der Veröffentlichung der Depesche hat ein Sprecher der Revolutionsgarde den Bericht zurückgewiesen und ihn als neue Machenschaft der USA bezeichnet, die iranische Regierung diskreditieren zu wollen.

Wirtschaft

Wikileaks: Hardliner hinderten Ahmadinedschad an Kompromiss

Präsident Ahmadinedschad soll vor gut einem Jahr von Hardlinern in der eigenen Regierung von einem Kompromiss im Streit um das iranische Atomprogramm abgebracht worden sein. Ein am 4. Januar von der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichtes US-Dokument zitiert den türkischen Außenminister Ahmet Davutoghlu mit der Einschätzung, Ahmadinedschad stehe intern „unter erheblichem Druck“ und habe vor allem deswegen die Forderungen des UN-Sicherheitsrats nach einem Stopp der Urananreicherung abgelehnt.

Iranische Hardliner hätten die Vorschläge der Vereinten Nationen als „faktisches Einknicken“ gegenüber dem Druck des Westens interpretiert, soll Davutoghlu Ende 2009 den stellvertretenden US-Außenminister Philip Gordon gesagt haben. In der als geheim eingestuften diplomatischen Depesche heißt es außerdem, Iran würde sich im Falle einer internationalen Zusammenarbeit bei seinem Atomprogramm eher auf den Erzfeind USA verlassen wollen als auf das verbündete Russland. Die Türkei unterhält als einziges Nato-Mitglied enge politische und wirtschaftliche Kontakte zu Iran.

Iran kann nach eigenen Angaben selbst Brennstäbe herstellen

Iran kann nach eigenen Angaben selbst Kernbrennstäbe herstellen. Das gab der Chef des iranischen Atomprogramms und Außenminister, Ali Akbar Salehi, am 8. Januar bekannt. Der Westen war bislang davon ausgegangen, dass Iran nicht über diese Fähigkeit verfügt.

Salehi erklärte auch, dass Iran seine Vorräte von höher angereichertem Uran um ein Drittel aufgestockt habe. Die Regierung verfüge nun über 40 Kilogramm von auf 20 Prozent angereichertem Uran. Außerdem sei eine Anlage in Isfahan errichtet worden, um Kernbrennstoff in Platten und Stäben herzustellen. Damit könne Teheran seinen eigenen Brennstoff für Reaktoren produzieren.

Das erste im eigenen Land hergestellte Brennelement werde hoffentlich bis September im Reaktor in Teheran verwendet, sagte Salehi laut der halbamtlichen Nachrichtenagentur Fars. Im

September geht nach Regierungsangaben der Brennstoff für den Forschungsreaktor in der Hauptstadt, der reaktive Isotope für medizinische Zwecke liefert, zur Neige. Iran verfüge dann nicht mehr über das notwendige Material für die Diagnose und Behandlung von 850.000 Krebspatienten, hieß es.

Auf 20 Prozent angereichertes Uran reicht aus, um Brennstoff für einen medizinischen Forschungsreaktor herzustellen. Für spaltbares Material in nuklearen Sprengköpfen ist dagegen eine Anreicherung von mehr als 90 Prozent erforderlich. Mit der Produktion des auf 20 Prozent angereicherten Materials hat Teheran im Februar vergangenen Jahres begonnen. Damals hieß es, pro Monat könnten etwa drei Kilogramm hergestellt werden.

Studie: Iran könnte innerhalb der nächsten zwölf Monate Atombomben bauen

Iran könnte innerhalb der nächsten zwölf Monate genügend angereichertes Uran produzieren, um Atombomben zu bauen, warnten US-Wissenschaftler. In einer am 21. Januar veröffentlichten Studie der Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler (FAS) heißt es, dass die Effizienz iranischer Zentrifugen ungeachtet ihres zahlenmäßigen Rückgangs im vergangenen Jahr zugenommen habe. Die Hauptautorin der Studie, Ivanka Barzashka, schätzt darin, dass Iran nur noch fünf bis zwölf Monate zur Herstellung einer ausreichenden Menge hoch angereicherten Urans benötige, um eine Bombe bauen zu können.

Die US-Forscher der auf nukleare Sicherheit spezialisierten Organisation widersprachen damit der Einschätzung des israelischen Ministers für strategische Angelegenheiten, Mosche Jaalon, der gesagt hatte, dass Iran wegen technologischer Probleme noch drei Jahre bis zum Bau einer Bombe benötige. Bereits zuvor war spekuliert worden, dass der womöglich gegen iranische Atomanlagen gerichtete Computervirus Stuxnet erheblichen Schaden in der Urananreicherungsanlage Natans angerichtet haben könnte.

Die FAS, die 1945 von am Bau der ersten Atombombe beteiligten Forschern mit dem Ziel gegründet worden war, einen Atomkrieg zu verhindern, veröffentlichte die Studie am Tag des Beginns einer neuen Verhandlungsrunde über das iranische Atomprogramm in Istanbul.

Einladung zur Besichtigung der Atomanlagen

Iran hatte im Vorfeld der Atomgespräche in Istanbul ausgewählte Staaten für den 15. und 16. Januar zu einer Besichtigung seiner Atomanlagen eingeladen. Zu den Eingeladenen gehörten Russland, China, die Gruppe der Blockfreien, die Mitglieder der Arabischen Liga bei der Internationalen Atombehörde sowie Ungarn, das ab 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat. In dem mit 27. Dezember datierten Schreiben erklärte sich Iran bereit, sämtliche Kosten für den Besuch zu übernehmen.

Auf dem Plan stand die Besichtigung des Atomreaktors in Bushehr, der nach neuesten Informationen im Februar ans Netz gehen soll, und der Urananreicherungsanlage Natans. Geplant waren außerdem ein Treffen mit dem amtierenden iranischen Außenminister Ali Salehi, der zugleich Leiter der iranischen Atombehörde ist, und dem Chefunterhändler bei den Atomgesprächen, Said Dschalili.

Mit der Einladung wollte die Regierung in Teheran offenbar demonstrieren, dass sie mit offenen Karten spielt und nichts zu verbergen hat. Hochrangige Vertreter der eingeladenen Staaten sollten sich vor Ort überzeugen, dass die iranische Atomtechnologie nur friedlichen Zwecken diene. Wie allerdings Politiker dies feststellen sollten, bleibt offen. Die Einladung sollte nach den Worten des iranischen Außenamtssprechers Ramin Mehmanparast auch als „ein erneutes Zeichen des guten Willens“ verstanden werden und im Vorfeld der nächsten Gespräche in Istanbul eine versöhnliche Stimmung erzeugen. Auch die arabischen Staaten, die sich vor einem mit Nuklearwaffen ausgerüsteten Iran fürchten, sollten beruhigt werden. Schließlich deutete die besondere Auswahl der Gäste, vor allem der Ausschluss der USA, auf den Versuch, die Staatengemeinschaft zu spalten.

Philip Crowley, Sprecher des US-Außenministeriums, sprach von einem „cleveren Trick“. Es sei entscheidend, dass Teheran seine Atomanlagen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) öffne. Auch die Staaten der Europäischen Union reagierten auf die Einladung ziemlich verhalten. Es sei unwahrscheinlich, dass die EU noch vor der nächsten Gesprächsrunde die Einla-

dung annehmen würde - wenn überhaupt, verlautete aus Diplomatenkreisen.

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton betonte, dass eine Inspektion Aufgabe der Internationalen Atombehörde IAEA sei. Auch China und Russland hatten die Einladung abgelehnt. Am Ende blieben die sechs Länder Ägypten, Kuba, Syrien, Algerien, Venezuela, Oman und die Arabische Liga übrig.

Außenminister Salehi wies den Verdacht zurück, mit der Einladungspolitik die Sechser-Gruppe spalten zu wollen. „Ziel dieser Tour ist nicht, die Sechser-Gruppe auseinander zu bringen“. Der iranische Botschafter bei der IAEA, Ali Asghar Soltanieh, kritisierte, dass keine Vertreter der Europäischen Union an der Besichtigung teilnahmen. Er bedauere, dass die EU „diese historische Chance der Kooperation und zur Überzeugung von den friedlichen Aktivitäten der Islamischen Republik nicht genutzt“ habe, sagte Soltanieh am 16. Januar im staatlichen Fernsehen.

Nach einer Pause von vierzehn Monaten hatten sich Vertreter Irans und der Gruppe 5+1, bestehend aus den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats und Deutschland, Anfang Dezember in Genf getroffen. Erreicht wurde dabei lediglich ein Beschluss, die Verhandlungen Ende Januar in der Türkei fortzusetzen.

Waffentest vor neuen Atomgesprächen

Im Vorfeld der neuen Verhandlungsrunde über das umstrittene Atomprogramm haben iranische Streitkräfte in der Nähe einer Atomanlage ein Luftabwehrsystem getestet. Wie die halbamtliche Nachrichtenagentur Fars am 20. Januar berichtete, wurde dabei nahe des im Bau befindlichen Versuchsreaktors bei der Stadt Arak ein Raketensystem vom Typ „Hawk“ getestet.

Das in den USA gefertigte „Hawk“-System wurde von Iran vor der islamischen Revolution erworben. Nach eigenen Angaben verfügt das Land inzwischen über eigene Kapazitäten zur Herstellung neuer Luftabwehrraketen dieses Typs. Offenbar wollte Iran mit dem Waffentest die Fähigkeit zur Verteidigung seiner Atomanlagen demonstrieren.

Russland verlangt Debatte über Aufhebung von Sanktionen

Einen Tag vor dem Beginn der neuen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm in Istanbul hat der russische Außenminister Sergej Lawrow gefordert, auch über eine Aufhebung der gegen Iran verhängten Sanktionen zu sprechen. Dieses Thema müsse „ebenfalls auf der Agenda stehen“, sagte Lawrow am 20. Januar in Istanbul.

Nach einem Treffen mit seinem türkischen Kollegen Ahmet Davutoglu sprach sich Lawrow gegen die Verhängung weiterer Sanktionen gegen Iran aus. Dieser kürzlich von der US-Außenministerin angedrohter Schritt sei „kontraproduktiv“ für die Lösung der Atomfrage, sagte Lawrow. Nach seinen Erwartungen an die Verhandlungen befragt, sagte Lawrow: „Wenn wir es schaffen, uns über die Perspektiven unserer Arbeit und zukünftiger Gesprächsrunden zu verständigen, wäre das schon ein gutes Ergebnis.“

Am selben Tag dementierte Iran neue Vorschläge für Atom-Gespräche. „Es gibt keinen neuen Vorschlag“, sagte ein iranisches Delegationsmitglied am 20. Januar und dementierte damit einen anders lautenden Bericht des Fernsehsenders Al-Arabija. Gleichwohl zeigte sich ein anderes Mitglied der iranischen Delegation für Gespräche offen.

Schon am 12. Januar hatte Außenminister Salehi erklärt, bei dem Treffen in Istanbul nicht über das iranische Atomprogramm sprechen zu wollen. „Wir werden die Verhandlungen absolut nicht anerkennen, wenn die andere Seite über Atomfragen verhandeln will“, betonte Salehi. „Die technischen und rechtlichen Aspekte der Nuklearfragen eines jeden Landes können nur mit der Internationalen Atombehörde diskutiert werden.“ Diese sei „die einzige Autorität“, die Staaten in diesem Bereich beurteilen dürfe. Die Vorwürfe gegen Iran seien „durch den Westen konstruiert“, eine Diskussion mit der 5+1-Gruppe darüber sei daher „sinnlos“.

Atomgespräch in Istanbul gescheitert

Die zweitägigen Verhandlungen über das umstrittene iranische Atomprogramm in Istanbul gingen am 22. Januar ohne Ergebnis zu Ende. Das sagte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton. Es gebe auch keine Pläne für weitere Gespräche. Grund für das Scheitern der

Verhandlungen seien unrealistische Forderungen Teherans gewesen.

So habe Iran verlangt, dass der UN-Sicherheitsrat als Voraussetzung für weitere Verhandlungen die gegen das Land verhängten Sanktionen aufhebe und dass die sechs anderen Gesprächsteilnehmer den von Iran erhobenen Anspruch auf Urananreicherung anerkennen.

Zuvor hatte Iran Ashton zufolge Vorschläge der sechs Verhandlungspartner – die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland – zurückgewiesen, wonach das iranische Atomprogramm künftig besser von den Vereinten Nationen überwacht würde. Teheran sei auch nicht auf die Versuche der Gesprächspartner eingegangen, wieder internationale Verhandlungen ins Leben zu rufen, bei denen es um die Ausfuhr angereicherter Urans aus Iran gehen sollte. Dabei hätte Teheran für die Ausfuhr einer bestimmten Menge angereicherter Urans als Gegenleistung Brennstäbe für seinen Forschungsreaktor bekommen, erklärte Ashton.

„Wir hatten gehofft, eine detaillierte und konstruktive Diskussion über diese Ideen zu führen“, sagte die EU-Außenbeauftragte. „Aber es ist klar geworden, dass die iranische Seite nicht dazu bereit ist, es sei denn wir stimmen den Vorbedingungen im Zusammenhang mit (Uran-)Anreicherung und Sanktionen zu.“

Auch wenn es keinen neuen Termin für Gespräche mit Iran gebe, blieben die Vorschläge der sechs Verhandlungspartner „auf dem Tisch“ sagte Ashton weiter. „Unsere Tür bleibt offen. Unsere Telefonleitungen bleiben offen.“ Eine Fortsetzung des Verhandlungsprozesses sei von einer positiven Reaktion Irans abhängig, erklärte die Britin weiter. Man werde nun abwarten, ob Teheran positiv reagieren werde.

Am ersten Verhandlungstag in Istanbul hatte Iran erklärt, sein Programm zur Urananreicherung stehe nicht zur Diskussion. Stattdessen präsentierten die iranischen Vertreter eine breite Palette von Themen, über die man zu diskutieren bereit war: globale Abrüstung, das Atomarsenal Israels und die Sorgen Teherans über US-Militärstützpunkte im Irak und anderen Orten.

Zu Beginn der Verhandlungen am zweiten Gesprächstag sprach der iranische Delegierte Abolfasl Sohrevand von einer

positiven Atmosphäre am Verhandlungstisch. Beide Seiten hätten ihr Interesse an einer Lösung gezeigt, mit der eine „aktive Zusammenarbeit bei verschiedenen Themen“ erzielt werden könne, sagte er der Fernsehnachrichtenagentur APTN.

Hingegen zeigten sich Diplomaten von zwei anderen beteiligten Delegationen weniger optimistisch über einen positiven Ausgang der Gespräche. Kurz vor Ende des Treffens bezeichnete ein Diplomat die Verhandlungen als gefährdet, weil Iran an seinen Forderungen im Zusammenhang mit der Aufhebung der Sanktionen und einer Akzeptanz seines Urananreicherungsprogramms festhalte.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle gab Iran die Schuld am Scheitern der Verhandlungen. Die Vertreter der 5+1-Gruppe seien mit „vertrauensbildenden Maßnahmen“ nach Istanbul gekommen, weil sie eine diplomatische Lösung wollten, erklärte Westerwelle am 23. Januar. „Leider war Iran noch nicht zu solchen substantiellen, vertrauensbildenden Schritten in Bezug auf sein Atomprogramm bereit.“ Nun müsse Deutschland mit seinen Partnern das weitere Vorgehen beraten. Die Bereitschaft zu Gesprächen bleibe aber bestehen, betonte der Minister.

Irans Präsident Ahmadinedschad wollte indes einen Erfolg bei zukünftigen Gesprächen nicht ausschließen. Einen Tag nach dem Scheitern der Verhandlungen in Istanbul sagte er in der nordiranischen Stadt Rascht, trotz dieses Misserfolgs seien die „Bedingungen gegeben, um bei künftigen Treffen eine gute Einigung zu erzielen, sollte die andere Seite Gerechtigkeit und Respekt beweisen“. Angesichts der „Geisteshaltung“ der 5+1-Gruppe habe Iran niemals mit einer Lösung des Konflikts in wenigen Sitzungen gerechnet.

China verlängerte Öllieferungsverträge mit Iran

Der Agentur Reuters zufolge wurden die Jahresverträge über Öllieferungen aus Iran nach China verlängert. Informierten Quellen hätten erklärt, das Volumen der Verträge für 2011 habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. China erhält aus Iran täglich 460.000 Barrel Rohöl.

Nach Angaben des Sekretariats der Organisation der erdölexportierenden Länder OPEC ist Iran nach Saudi-

Arabien und Angola der drittgrößte Öllieferant Chinas. Es ist aber auch festzustellen, dass im vergangenen Jahr im Gegensatz zum kontinuierlichen Anstieg des importierten Rohöls aus Saudi-Arabien und Angola, der Import aus Iran um fast zehn Prozent abgenommen hat.

China ist der größte Abnehmer des iranischen Rohöls. Daher durfte Teheran die Verlängerung der Verträge begrüßt haben, zumal durch die Sanktionen der Verkauf des Erdöls für Iran immer schwerer wird. Indien, nach China der größte Abnehmer des iranischen Rohöls, erklärte jüngst, es gebe Probleme bei Geldüberweisungen an Iran, weil sie unter anderem die indische Zentralbank sich weigere, die üblichen Erleichterungen für den Geldtransfer nach Iran zu gewähren.

Nach neuesten Statistiken der OPEC hat Iran im Jahr 2010 rund 3,682 Millionen Barrel Rohöl auf den Markt gebracht.

„WamS“: Iran umgeht mit Chinas Hilfe systematisch Sanktionen

Laut einem Zeitungsbericht umgeht die iranische Regierung mit Unterstützung Chinas systematisch bestehende Sanktionen, um ihr Atomprogramm voranzutreiben. Das berichtete die „Welt am Sonntag“ am 23. Januar unter Berufung auf geheime US-Depeschen. Das US-Außenministerium beklagte demnach in zahlreichen Berichten, dass chinesische Beamte mit Informationen über die Weiterverbreitung von Raketentechnik versorgt worden seien, es aber nur wenige oder überhaupt keine Rückmeldungen von Peking über den Stand der Ermittlungen oder mögliche Schritte gegeben habe.

Aus den US-Dokumenten geht dem Bericht zufolge außerdem hervor, dass der iranische Präsident Ahmadinedschad bemüht sei, möglichst schnell eine Atombombe zu bauen, bevor sein Land wirtschaftlich zusammenbreche. Es gebe ein Rennen zwischen der Bombe und dem finanziellen Kollaps, heißt es laut WamS in den Depeschen.

Außerdem zeigten die Unterlagen, dass die Bundesregierung Deutschland in der Diskussion über die Iran-Sanktionen offenbar Verbündete verärgere. Der Iran-Beauftragte des britischen Außenministeriums habe damals gesagt, Berlin sei bei Sanktionen zwar theoretisch „an Bord“, aber „nicht in der

Praxis“. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und das Auswärtige Amt wüssten um die richtige Vorgehensweise, „aber die deutsche Wirtschaftsgemeinschaft ist sehr einflussreich“. Die Depeschen zeigten laut WamS aber, dass Berlin unter der schwarz-gelben Koalition nun doch stärker auf EU-Sanktionen dringe – zeitgleich mit UN-Sanktionen.

Schweiz verschärft Sanktionen gegen Iran

Die Schweizer Regierung wird ihre Strafmaßnahmen gegen Iran weiter verschärfen. Mit der neuen Regelung folgt die Schweiz nach Angaben des Außenministeriums vom 19. Januar ihren wichtigsten Handelspartnern. Damit sollten Rechtssicherheit geschaffen und Geschäfte zur Umgehung der EU-Sanktionen gegen Iran verhindert werden. Die neuen Vorgaben sollten am 20. Januar in Kraft treten.

Im Konflikt um das iranische Atomprogramm hatte der UN-Sicherheitsrat im vergangenen Juni neue Sanktionen beschlossen. Im Oktober beschloss die Europäische Union dann einen erweiterten Strafkatalog, in dessen Mittelpunkt die Erdöl- und Gasindustrie Irans steht. So dürfen europäischen Firmen Iran keine Schlüsseltechnologien mehr verkaufen oder zur Verfügung stellen. Auch Länder wie die USA, Australien, Japan und Kanada setzten zusätzliche Sanktionen um.

Britisches Konto von iranischem Fernsehsender eingefroren

Das britische Konto des englischsprachigen Fernsehsenders Press TV ist einem Zeitungsbericht zufolge eingefroren worden. Wie die britische Zeitung „The Times“ am 27. Januar berichtete, will die National Westminster Bank das Konto des Senders, der in London ein Büro unterhält, demnächst schließen. Zu den Gründen für den Schritt äußerte sich die Bank gegenüber der Zeitung zunächst nicht. Wegen des umstrittenen iranischen Atomprogramms hat die internationale Gemeinschaft umfassende finanzielle Sanktionen gegen Iran verhängt. Jeder Zahlungsverkehr mit dem Land ist eingefroren.

Die Schwägerin des früheren britischen Premiers Tony Blair, Lauren Booth, die kürzlich zum Islam konvertierte und für Press TV arbeitet, verurteilte den Schritt als „politisch motiviert“. Er

solle ein blühendes Unternehmen lähmen, dessen „Programme und Nachrichten Licht auf Politikgebiete geworfen haben, die gewisse Agenturen lieber im Dunkeln lassen würden“, sagte Booth der „Times“. Der Rechtsberater von Press TV, Mathew Richardson, sagte, die Bank habe sich geweigert, einen Grund für das Einfrieren des Kontos zu nennen.

Deutscher Außenhandel wächst 2010 trotz Sanktionen

Ungeachtet der EU-Sanktionen gegen Iran hat der deutsche Außenhandel mit dem Land im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Die Exporte nach Iran stiegen von Januar bis November 2010 um 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 3,5 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 18. Januar der AFP mitteilte. Die Importe erreichten ein Volumen von 807 Millionen Euro - ein Plus von fast 76 Prozent.

Konkret erwarb Iran unter anderem deutsche Maschinen im Gegenwert von fast 1,3 Milliarden Euro. Das waren fast 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschland importierte insbesondere Rohöl und Gas, dessen Gesamtwert mit 512 Millionen Euro mehr als doppelt so hoch lag wie im Vorjahreszeitraum (plus 135 Prozent).

Die Europäische Union hatte im vergangenen Sommer Sanktionen gegen Iran und seinen Energiesektor beschlossen, die über die Maßnahmen der Vereinten Nationen hinausgehen. Ziel ist es, Iran bei dem Streit um sein umstrittenes Atomprogramm zum Einlenken zu zwingen. Mehrere deutsche Konzerne wie Siemens, ThyssenKrupp oder Daimler haben nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr ihre Geschäfte in Iran deutlich zurückgefahren.

Iran hält an massiven Ausbau seiner Erdgasförderung fest

Trotz der Sanktionen hält Iran am massiven Ausbau seiner Erdgasförderung fest. „Wir sind in der Lage, diese Projekte allein umzusetzen“, sagte am 27. Januar Ali Akbar Schabanpur, der die iranische Gesellschaft zur Nutzung des Gasfelds South Pars leitet. Das von Iran und Katar beanspruchte South-Pars-Feld im Persischen Golf gilt als weltweit größtes Erdgasvorkommen.

Schabanpur und andere hochrangige Vertreter des iranischen Energiesektors machten in der südlichen Hafenstadt Assalujeh deutlich, dass Iran das Geld für die Erschließung der Vorkommen selbst aufbringen werde.

Den Angaben zufolge hat Iran bereits 48 Milliarden Dollar in das South-Pars-Feld investiert. In den kommenden fünf Jahren würden weitere 50 Milliarden Dollar folgen. Die Summe soll offenbar zum Teil über im Inland ausgegebene Staatsanleihen aufgebracht werden.

Außenpolitik

Bericht: Israel und USA entwickelten Computerwurm Stuxnet

Der Computerwurm Stuxnet ist nach einem Bericht der „New York Times“ von Israel und den USA entwickelt worden, um das iranische Atomprogramm zu sabotieren. Wie die US-Zeitung am 16. Januar unter Berufung auf Geheimdienst- und Militärexperten in ihrer Online-Ausgabe berichtete, war an der Entwicklung des Wurms vermutlich unwissentlich auch der deutsche Siemens-Konzern beteiligt, dessen Systeme zur Steuerung von Industrieanlagen Stuxnet angreift. Das Unternehmen hatte demnach mit einer Forschungseinrichtung des US-Energieministeriums an einem Programm zum Schutz vor Cyberattacken zusammengearbeitet. Die dabei gefundenen Sicherheitslücken seien dann bei der Entwicklung des Wurms ausgenutzt worden.

Stuxnet wird gefürchtet, weil er in Siemens-Systeme zur Steuerung von Industrieanlagen eindringt. Ein Angreifer kann dadurch die Kontrolle über zentrale Systeme etwa von Kraftwerken, Pipelines oder Fabriken übernehmen und die Anlagen im schlimmsten Fall zerstören. Der Computerwurm war erstmals im Juni aufgetaucht. Da die meisten „Infektionen“ in Iran festgestellt wurden, gab es Spekulationen, der Wurm sei zur Sabotage der Atomanlagen des Landes entwickelt worden.

Laut „New York Times“ wurde die Wirksamkeit des Stuxnet-Wurms in dem streng abgeriegelten Dimona-Komplex in der Negev-Wüste getestet, wo sich eine israelische Atomanlage befinden soll. Wegen des Tests sei er „effektiv“ gewesen, sagte ein US-Experte der Zeitung. Der israelische Minister für strategische Angelegenheiten, Mosche Jaalon, hatte im Dezember gesagt, Teheran sei „wegen technologischer Herausforderungen und Schwierigkeiten“ noch Jahre vom Bau von Atomwaffen entfernt.

Angaben von Wikileaks zufolge, die am 19. Januar von der britischen Zeitung „The Guardian“ veröffentlicht wurden, ging der Vorschlag, einen Computerwurm gegen iranische Atomanlagen einzusetzen, von Deutschland aus. Dem Bericht nach habe der Leiter der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, der Vertretung der USA in Deutschland geraten, statt durch einen militärischen Einsatz die irani-

schen Atomanlagen durch den Einsatz von Computer-Viren zu zerstören. In einer vom amerikanischen Botschafter in Berlin nach Washington gesendeten Depesche heißt es Bezug nehmend auf den Vorschlag von Perthes, es sei weit besser, geheime und überraschende Aktionen durchzuführen, wie Sprengungen oder die Zerstörung von Computersystemen, um die Atomanlagen lahm zu legen, als Krieg zu führen. Denn ein Krieg gegen Iran würde für die gesamte Region weitreichende Folgen haben.

Aus einem weiteren Dokument vom 14. Dezember 2009 geht hervor, dass der Vorschlag von Perthes von der amerikanischen Regierung, namentlich von der damaligen Außenministerin Condoleezza Rice, gutgeheißen wurde.

Perthes selbst bestätigte in einem Interview mit dem Guardian den Bericht und vertrat nach wie vor die Meinung, dass solche Angriffe weit besser seien als ein Krieg mit unabsehbaren Folgen. Ein Krieg gegen Iran müsse auf jeden Fall vermieden werden, sagte Perthes.

Der iranische Atomunterhändler Said Dschalili machte die USA für die Cyberattacke auf das iranische Nuklearprogramm verantwortlich. Dies hätten iranische Ermittlungen ergeben, sagte Dschalili in einem am 18. Januar im Sender NBC News ausgestrahlten Interview. Er bekräftigte, dass es sich beim iranischen Nuklearprogramm um ein Programm zur Energieproduktion handele und nicht um ein Waffenprogramm. Zudem habe die Cyberattacke nicht so viel Schaden angerichtet, wie die Medien berichtet hätten.

Russlands Botschafter bei der Nato, Dimitrij Rogosin, kritisierte nach einer Sitzung der 28 Nato-Mitglieder in Brüssel gegenüber der Presse den Einsatz des Computer-Wurms und verlangte von den USA eine Erklärung, meldete BBC am 26. Januar. Das Virus sei höchst giftig und gefährlich, der Einsatz habe schlimme Folgen haben können, ähnlich wie 1986 in Tschernobyl. Der Einsatz von Stuxnet sei eine höchst brisante Angelegenheit der Sicherheit, sagte Rogosin. Auch die Nato müsse dazu Stellung nehmen.

Scheidender Mossad-Chef: Iran schafft keine Atombombe vor 2015

Iran wird nach Einschätzung des scheidenden Direktors des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad nicht vor

2015 eine Atombombe besitzen. Dieser Zeitpunkt könne sich sogar weiter verzögern, falls der Druck des Westens anhalte, sagte Meir Dagan nach Berichten israelischer Medien vom 7. Januar einem Parlamentsausschuss. Dagan riet außerdem zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einem Angriff auf iranische Atomanlagen ab. Ein Angriff auf Iran sei nur ratsam, wenn Israel angegriffen werde oder direkter Gefahr ausgesetzt sei.

Für die Verzögerung im iranischen Atomprogramm machte der scheidende Mossad-Chef technische Schwierigkeiten sowie die vom Westen ergriffenen Maßnahmen und Sanktionen verantwortlich.

Der israelische Militärgesheimdienst hatte 2003 vorhergesagt, dass Iran bis 2007 eine Atombombe bauen könne. Dieser Zeitpunkt wurde später immer weiter verschoben.

Dagan stand acht Jahre an der Spitze des Auslandsgeheimdienstes Mossad. Sein Nachfolger ist der langjährige stellvertretende Mossad-Direktor Tamir Pardo.

Nach Einschätzung der israelischen Regierung wird Iran nur durch die überzeugende Androhung von Gewalt zur Aufgabe seiner Pläne zum Bau einer Atombombe bewegt werden können. Die Drohung müsse von der internationalen Gemeinschaft unter Führung der USA ausgesprochen werden, sagte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 11. Januar beim Jahrestreffen ausländischer Journalisten in Jerusalem. Die internationalen Sanktionen allein seien nicht genug, um Iran zu einer Kehrtwende bei seiner Atompolitik zu bewegen. „Sanktionen können nur dann effektiv sein, wenn eine glaubwürdige militärische Option besteht, sollten sie scheitern.“ Iran sei weiterhin entschlossen, an seinem Atomprogramm festzuhalten. „Die Sanktionen haben ihr Ziel nicht erreicht, sie sollten streng umgesetzt und ernsthaft verschärft werden“.

Clinton drängt Golfstaaten zu Durchsetzung von Sanktionen gegen Iran

US-Außenministerin Hillary Clinton hat die Golfstaaten vor einem Besuch in Abu Dhabi zur Durchsetzung von Sanktionen gegen Iran gedrängt. Auf eine Frage nach den Äußerungen eines israelischen Ministers, Mosche Jaalon, der von Rückschlägen beim iranischen Atom-

programm gesprochen hatte, sagte Clinton kurz vor der Landung ihres Flugzeugs am 10. Januar in Abu Dhabi, niemand sollte sich durch irgendjemandes Geheimdienstanalysen in die Irre führen lassen.

Clinton drückte die Erwartung aus, dass alle Partner, die ihre Sorgen über das iranische Atomprogramm teilen, „alles tun, das bei der Umsetzung des Sanktionen helfen kann“.

Parlament will Beziehungen zu Großbritannien kappen

Das iranische Parlament will die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abbrechen. Das kündigte Parlamentspräsident Ali Laridschani am 29. Januar an. „Ein Gesetz zur Beendigung der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien wird im Parlament angestrebt“, sagte Laridschani der iranischen Nachrichtenagentur Mehr. Darüber, wann das Gesetz in Kraft treten könne, machte er keine Angaben.

Die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind unterkühlt und haben sich seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2009 weiter verschlechtert. Seit einem Jahr macht das Parlament Druck auf die Regierung, die Beziehungen zu Großbritannien zu kappen. Zuletzt hatte ein Appell des britischen Botschafters in Teheran, Simon Gass, für Verstimmung gesorgt. Gass hatte auf der offiziellen Botschaftswebsite den Umgang mit Menschenrechten in Iran kritisiert und die Freilassung der Menschenrechtlerin Nasrin Sotoudeh gefordert.

Irakischer Prediger Sadr kehrte nach Iran zurück

Nach einem zweiwöchigen Aufenthalt in seinem Heimatland Irak ist der radikale irakische Schiitenprediger Muktada Sadr wieder in den benachbarten Iran zurück gekehrt, berichtete die AFP am 22. Januar unter Berufung auf Vertraute Sadr. Sie hätten aber keine Angaben zu den Gründen machen wollen, heißt es in der Meldung. Sadr war Anfang Januar nach vier Jahren im iranischen Exil in den Irak zurückgekehrt und von seinen Anhängern in seiner Hochburg Nadschaf begeistert empfangen worden.

Der radikale Geistliche gilt als entschiedener Gegner der amerikanischen

Präsenz im Irak. Er gehört zu den populärsten schiitischen Geistlichen des Landes. Jahre lang stand er an der Spitze der 60.000 Mann starken Mahdi-Miliz. Im August 2008 erklärte er jedoch sein militärisches Engagement für beendet. 2004 hatte er von Nadschaf aus zwei blutige Aufstände gegen die US-Truppen gestartet, in deren Verlauf hunderte seiner Gefolgsleute starben. Die Mahdi-Miliz hatte auch gegen irakische Streitkräfte gekämpft. Nach Angaben seiner Organisation hatte Sadr sich seit Ende 2006 zu religiösen Studien in Iran aufgehalten.

Treffen zum Jahrestag der Geiselnahme

Ehemalige amerikanische Geiseln haben sich zum Gedenken an den 30. Jahrestag der Geiselnahme von Teheran getroffen. Mehr als ein Dutzend von ihnen kam für das vorletzte Januarwochenende an die Militärakademie West Point im Staat New York.

Zum Auftakt liefen die Teilnehmer durch ein Spalier von 4.400 klatschenden und jubelnden Kadetten der Akademie. Am Wochenende berichteten die Zeitzeugen in Diskussionsrunden von ihrer Haft in der amerikanischen Botschaft in Teheran.

Am 20. Januar 1981 waren die insgesamt 52 Geiseln freigekommen, die 444 Tage lang in Teheran festgehalten worden waren. An diesem Tag übernahm auch US-Präsident Ronald Reagan offiziell die Amtsgeschäfte von seinem Vorgänger Jimmy Carter.

Nach der Freilassung landeten die Geiseln damals auf dem Stewart International Airport unweit von West Point. Auch damals waren sie von den Kadetten begeistert empfangen worden. Sie verbrachten mehrere Tage auf dem Gelände der Militärakademie.

Kanada zeigt umstrittenen Iran-Film

Auf Anordnung eines Ministers soll der umstrittene irankritische Film „Iranium“ nun doch in Kanada gezeigt werden. Kulturminister James Moor habe die Vorführung in Büchereien und Archiven angeordnet, nachdem der Film auf iranischen Druck hin nicht gezeigt worden war. „Der Grundsatz der Meinungsfreiheit ist einer der Eckpfeiler der Demokratie“, sagte Moor am 21. Januar der „Montreal Gazette“. Deshalb müsse der Film gezeigt werden.

Der Dokumentarfilm über das vermutete Nuklearprogramm Irans hatte schon am 18. Januar im Nationalarchiv auf einer Veranstaltung der „Free Thinking Film Society“ gezeigt werden sollen. Nach heftiger Kritik der iranischen Botschaft in Ottawa und zwei verdächtigen Postsendungen, die sich später als harmlos herausstellten, war die Vorführung abgesagt worden. Kritik und offene Drohungen hätten solche Ausmaße angenommen, dass das Gebäude kurzzeitig geschlossen und evakuiert werden musste, hatte es geheißen. „Ich bin empört darüber, dass Iraner in Kanadas Hauptstadt die Absage eines Films erzwingen können“, hatte der Präsident der Gesellschaft, Fred Litwin, gesagt. „Schlimm genug, dass das in Teheran geschehen darf, aber hier in Ottawa?“ Eine solche Reaktion habe man bisher noch nie erlebt.

Der 60-minütige Film „Iranium“ des Filmemachers Raphael Shore behandelt Irans Außenpolitik und angebliche Verbindungen und die Unterstützung von Hisbollah und Hamas. Mehrere Politiker, Iran-Experten und -kritiker werden im Film interviewt.

Israelisches Holocaust-Museum startet Webseite für Iraner

Die israelische Gedenkstätte Jad Vaschem hat am 23. Januar einen YouTube-Kanal in der in Iran gesprochenen Sprache Farsi gestartet, um den Holocaust-Leugnungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad entgegenzuwirken. Der Vorsitzende des Museums, Avner Schalev, sagte, er hoffe, dass eine solche direkte und persönliche Ansprache an die iranischen Internetnutzer „Vertrauen und Mitgefühl“ zwischen ihnen und den Opfern des Holocausts entstehen lassen werde.

Teilnahme Irans an Münchner Sicherheitskonferenz ungewiss

Die Teilnahme eines hochrangigen iranischen Vertreters an der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar hängt möglicherweise von Zugeständnissen Teherans im Fall der zwei inhaftierten deutschen Reporter ab. Wie am 18. Januar laut AFP aus Sicherheitskreisen in Berlin verlautete, habe die iranische Regierung ihr Interesse signalisiert, auch in diesem Jahr wieder einen Teilnehmer zu entsenden. Die Frage einer Redemöglich-

keit für Iran ist allerdings verknüpft mit dem Schicksal der deutschen Reporter, die seit Oktober in iranischer Haft sind.

Die Sicherheitskonferenz gilt als weltweit bedeutendstes Forum zum Austausch über sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen. Hochrangige Regierungsvertreter und Experten werden vom 4. bis 6. Februar zum 47. Mal zu Diskussionsrunden und informellen Beratungen in der bayerischen Landeshauptstadt zusammenkommen. Im vergangenen Jahr hatte der inzwischen entlassene iranische Außenminister Manuchehr Mottaki an der Konferenz teilgenommen und am Rande der Veranstaltung mit dem Chef der Internationalen Atombehörde (IAEA) Yukia Amano, über das umstrittene Programm seines Landes verhandelt. Zuvor war von iranischer Seite die Erwartung erweckt worden, Mottaki werde eine wichtige Rede halten und konkrete Vorschläge zur Lösung des Atomkonflikts vorlegen. Umso enttäuschender war dann die mit Allgemeinheiten und Worthülsen bestückte Rede, die der Minister hielt.

Außenminister Salehi zu Besuch im Irak

Der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi traf am 5. Januar zu einem Besuch im Irak ein. Salehi, der zugleich Leiter der iranischen Atombehörde ist, erklärte, Ziel seiner Reise sei die Festigung der Beziehungen zum Nachbarstaat Irak. Es war der erste Besuch eines iranischen Regierungsmitglieds seit der Vereidigung von Ministerpräsident Nuri al-Maleki im Dezember.

Die Beziehungen zwischen Iran und dem Irak waren vor der von den USA angeführten Invasion im Irak 2003 angespannt. Nach dem Sturz Saddam Husseins und dem Aufstieg der Schiiten im Irak zur wichtigsten Staatsmacht, gewann das mehrheitlich schiitische Iran zunehmend Einfluss im Nachbarland.